

Arne Ludwig  
Ratsmitglied



An den  
Bürgermeister der Stadt Buchholz  
Rathausplatz 1  
21244 Buchholz

(Zur Behandlung im Ausschuss am 12.06.2014)

Antrag

05.06.2014

### **Resolution: Sicherer Aufenthalt für Edward Snowden**

Mit dem heutigen Tage jährt sich die erste Veröffentlichung im sogenannten NSA-Spähskandal.

Der US-amerikanische Whistleblower Edward Snowden hat sein bisheriges Leben, seine Familie, seine Freiheit, seine Sicherheit und seine Heimat aufgegeben, um der Weltöffentlichkeit von dem größten Überwachungs- und Spionageskandal unserer Zeit zu berichten.

Die von ihm der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Geheimdokumente belegen eine Überwachungswut westlicher Geheimdienste ungeahnten Ausmaßes. Diese schrecken vor der massenhaften und illegalen Überwachung der Bürger und Regierungen selbst befreundeter Staaten nicht zurück. In Deutschland haben u.a. der US-amerikanische Geheimdienst NSA und der britische Geheimdienst GCHQ massenhaft Meta- und Inhaltsdaten der Kommunikation der Bevölkerung und der Regierung abgefangen und ausspioniert. Damit haben sie die Grundrechte von Millionen deutscher Bürger verletzt und den Kernbestand der nationalen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland angegriffen.

Insbesondere erzeugt eine massenhafte und anlasslose Überwachung ein Klima der Angst und des Misstrauens: Abweichendes Verhalten und Individualität werden zum Anfangsverdacht.

Edward Snowden wird aufgrund der Veröffentlichungen von den Vereinigten Staaten von Amerika politisch verfolgt. Die USA haben seinen Pass eingezogen, was es ihm nahezu unmöglich macht, sein Menschenrecht wahrzunehmen und Asyl zu beantragen.

Derzeit hat Edward Snowden in Russland Zuflucht gefunden. Das ihm dort gewährte Asyl läuft voraussichtlich zum 31. Juli 2014 ab. Die Mehrheit der

Deutschen spricht sich laut einer EMNID-Umfrage dafür aus, Edward Snowden in Deutschland politisches Asyl zu gewähren.<sup>2</sup> Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Jürgen Trittin sei es peinlich, "dass so jemand, der sich um die Demokratie ja verdient gemacht hat, bei Despoten Unterschlupf finden muss".

Gestern erklärte Generalbundesanwalt Harald Range, dass (u.a. aufgrund dieser Veröffentlichungen) Ermittlungen in Bezug auf geheimdienstliche Agententätigkeit im Zusammenhang mit der möglichen Ausspähung eines Mobiltelefons der Bundeskanzlerin aufgenommen wurden.<sup>1</sup> Edward Snowden sind Aussagen in diesem Ermittlungsverfahren aufgrund der Asylbedingungen in Russland jedoch derzeit verwehrt.

Ohne den heldenhaften und selbstlosen Einsatz von Edward Snowden hätte die Weltöffentlichkeit nicht von der schrankenlosen und systematischen Totalüberwachung durch westliche Geheimdienste erfahren. Ohne Edward Snowden würde das Telefon der Bundeskanzlerin noch immer von der NSA abgehört. Die Bundesrepublik Deutschland ist in der moralischen Pflicht, Edward Snowden einen sicheren und zeitlich unbegrenzten Aufenthalt zu gewähren – in Form von Asyl, Aufenthaltsgenehmigung, Zeugenschutz oder auf anderem Wege – und ihn vor einer Auslieferung in die USA oder anderen Staaten zu schützen.

Wir stehen in der Schuld von Edward Snowden.

[1] <http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?newsid=506>

[2] <http://www.sueddeutsche.de/politik/nsa-ffaere-mehrheit-der-deutschen-fuer-snowden-asyl-1.1988528>

### **Der Rat beschliesst:**

1. Der Rat der Stadt Buchholz unterstützt die Forderung, dem Whistleblower Edward Snowden einen sicheren und zeitlich unbegrenzten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen. Hierbei muss sichergestellt sein, dass eine Auslieferung Edward Snowdens an die Vereinigten Staaten von Amerika oder andere Staaten aufgrund der von ihm veröffentlichten Geheimdokumente ausgeschlossen ist.
2. Die Stadt Buchholz fordert den Landtag und die Landesregierung auf, schnellstmöglich und auf allen politischen Ebenen im Sinne dieses Antrags tätig zu werden, um dem Menschen Edward Snowden ein Leben in Freiheit und Würde in Deutschland zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen.